
Roland Czada

1.4 Markt

Märkte sind Einrichtungen, die Käufer und Verkäufer zum Zweck des freiwilligen Tausches beliebiger Güter zusammenführen. Als Typus institutioneller Koordination (Governance) handelt es sich um eine Transaktionsform, die im Unterschied zum Zwang der Hierarchie (→ Hierarchie) und zur Solidarität in Clans, Netzwerken und Verbänden (→ Netzwerke) die folgenden idealtypischen Eigenschaften aufweist:

- freien Zugang (fehlende beziehungsweise geringe Ein- und Austrittsbarrieren),
- soziale Symmetrie („ebenes Spielfeld“ für alle Marktteilnehmer),
- allein auf das Tauschobjekt gerichtetes individuelles Nutzenkalkül (Anonymität und Warencharakter).

Das gewöhnliche Tauschverhalten wird zum Markttausch, wenn Marktteilnehmer *regelmäßig* aus einer Anzahl *beliebiger* Tauschpartner *frei* wählen und darüber hinaus die Tauschkonditionen *frei* aushandeln können. Darüber hinaus unterscheidet die auf Vergleich und Wettbewerb beruhende Herausbildung eines allgemeinen Tauschwertes oder Marktpreises die Institution des Marktes von einzelnen oder aufeinander folgenden bilateralen Tauschakten zwischen Bekannten oder zufällig Zusammentreffenden. Freier Wettbewerb (→ Politischer Wettbewerb) kann insoweit als eine notwendige Voraussetzung des Warentausches und der Preisbildung auf Märkten bezeichnet werden.

1 Der Markttausch als Transaktionstypus

Der anonyme Tausch am Markt ist der am wenigsten von sozialen Bindungen bestimmte Handlungstypus. Die Koordinationseffekte des Marktes sind im Idealfall rein sachlicher Natur und vollziehen sich unintendiert, hinter dem Rücken der Beteiligten. Märkte gelten deshalb in der Tendenz als sozial „entbettet“ (Polanyi 1978). Mit dem Aufkommen der Marktwirtschaft werden affektive, soziale und politische Handlungsmotive durch ein von Nutzenerwägungen bestimmtes individuelles Tauschkalkül verdrängt (vgl. Hirschman 1987: 45; 1992). Diese Versachlichung beziehungsweise soziale Entbettung von Marktbeziehungen stößt indes regelmäßig an Grenzen: Märkte brauchen, um nicht von sozialer und politischer Vermachtung, von Gier, Eigennutz und betrügerischer Übervorteilung zerstört zu werden, die Einbettung in rechtliche und sozialmoralische Regelwerke (Slater/Tonkiss 2001; Granovetter 1985).

Funktionierende Märkte haben offenbar politische und soziale Voraussetzungen, die sie selbst nicht erzeugen können. Dazu zählen die formale Verpflichtung und die sozialmoralische Bindung der Marktteilnehmer. Polanyi (1958) unterscheidet drei historisch und funktional aufeinander bezogene Transaktionsformen, deren Grundprinzipien mit denen der viel später eingeführten Governance-Typen Hierarchie, Markt und Netzwerk (Powell 1990; Thompson u.a. 1991) übereinstimmen. Er bezeichnet sie als *Umverteilung* (Redistribution), *Tausch* (Exchange) und *Reziprozität* (Reciprocity), wobei er für ihre Erklärung eine universalhistorische Reihung bevorzugt. Demnach steht Reziprozität als historisch frühestes Formprinzip sozialer Gemeinschaftsbildung an erster Stelle. Darauf folgen hierarchische Strukturen der Zuteilung und Umverteilung, wie sie bereits in den antiken Großreichen vollständig entwickelt waren. Der utilitaristische anonyme Gütertausch (Market-Exchange) ist im Vergleich dazu ein historisch jüngeres Phänomen, das erst in der Neuzeit mit dem Aufkommen von Marktwirtschaften zu einer maßgeblichen ökonomischen Verkehrsform heranreift.

Bemerkenswert an diesem historisch-institutionalistischen Zugang ist, dass er nicht nur eine der heutigen Governance-Theorie entsprechende Typologie sozialer Koordinationsformen hervorbringt, sondern zugleich auch das 1939 von Gunnar Myrdal eingeführte Konzept der „kumulativen Kausalität“ anwendet. Demnach konnten sich hierarchische Kommandostrukturen nur auf der historisch vorgängigen Basis einer durch Reziprozität verbundenen Gemeinschaft herausbilden. Dies geschah vor allem dann, wenn Gemeinschaften in kriegereise Auseinandersetzungen mit anderen Gemeinschaften verwickelt wurden oder interne Konflikte nicht mehr durch Reziprozität (zum Beispiel in Form von Frauentausch, Geschenken oder Blutrache) geregelt werden konnten. Hierarchische Regelungs- und Sanktionsstrukturen sind wiederum die Voraussetzung für einen funktionierenden anonymen Markttausch, der anderenfalls an allfälligem Opportunismus und betrügerischer Übervorteilung scheitern müsste.

Zum tieferen Verständnis des Marktbegriffes erscheint seine negative Bestimmung besonders hilfreich. Hierzu ist der Markttausch vom Gabentausch begrifflich abzugrenzen. Der Gabentausch ist nicht nur vollständig in soziale Beziehungen eingebettet. Er dient sogar primär der Herstellung und dem Erhalt solcher Beziehungen. Er ist ein Vorgang des Gebens und Nehmens zumeist in Form des Teilens und der Konstitution von persönlichen Abhängigkeits- und Schuldverhältnissen. Sein sozialer Zweck ist die Schaffung von wechselseitiger Anerkennung, Reputation und Abhängigkeit (Marcel Mauss, George Caspar Homans). Offenkundig lässt sich die soziale Einbettung des Tausches als einer ursprünglichen Verkehrsform mit der Regelmäßigkeit und Unpersönlichkeit des Marktes nur schwer vereinbaren. Dies gilt umso mehr, je stärker persönliche Eigenschaften von Tauschgütern in den Vordergrund treten, also heutzutage vor allem für Arbeitsmärkte, auf denen Personen und ihre Qualifikation gehandelt werden, und für Dienstleistungsmärkte, auf denen Anbieter und Kunden zwangsläufig eine soziale Beziehung eingehen. Die sozialwissenschaftliche Befassung mit Märkten ist im Kern – ausdrücklich oder uneingestanden – immer von diesem Problem der sozialen Entbettung und Einbettung bestimmt gewesen.

Eine besondere, im Kontext des Neoinstitutionalismus und der Governance-Theorie stehende Problematik betrifft die institutionelle Regulierung von Märkten. Sie soll die Regelmäßigkeit und Berechenbarkeit, Offenheit, Unpersönlichkeit und Freiheit des Marktge-

schehens und der Marktteilnehmer gewährleisten und drohender sozialer und politischer Vermachtung entgegenwirken. Im Gegensatz zum einfachen Warentausch alltäglicher oder nicht arbeitsteilig produzierter Güter bieten anonyme Märkte, je weiter sie institutionell entwickelt sind, zahlreiche Möglichkeiten und Anreize zum Betrug und zur Nichterfüllung von Verträgen. Märkte bedürfen der Regulierung durch eine dritte, nicht unmittelbar am Tausch beteiligte Instanz und sind insofern nicht nur ein Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft, sondern darüber hinaus der Wirtschaftssoziologie, der Wirtschaftsgeschichte und der Politikwissenschaft (vgl. etwa North 1992).

2 Begriff und Theorie des Marktes

Die Klassiker des marktwirtschaftlichen ökonomischen Denkens (Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill) betonen den von individueller Interessenbefriedigung durch Markttausch ausgehenden Effekt allgemeiner Wohlfahrtsteigerung. Eine zentrale Denkfigur ist die von Adam Smith so bezeichnete „unsichtbare Hand“ des Marktes: Wer auf dem Markt zur eigenen Nutzenmehrung tauscht, nützt zugleich dem Allgemeinwohl und wird dabei „von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat“ (Smith 1999 [1776]: 370-371).

Lange vor Smith hat bereits Bernard Mandeville gezeigt, wie private Laster zum öffentlichen Vorteil werden. Mit seiner berühmten Bienenfabel befreite er im England des 18. Jahrhunderts den Eigennutz vom moralischen Makel, der ihm im Christentum anhaftet. Im Vorwort argumentiert Mandeville (1980 [1714], 142), dass wir oft fälschlicherweise „menschlichem Genius und scharfsinniger Überlegung zurechnen, was in Wirklichkeit allein der Zeit und den Erfahrungen vieler Generationen geschuldet ist“. Das Bild der „unsichtbaren Hand“ bezieht sich hier nicht nur auf den Markt, sondern auch auf andere soziale Strukturen und Institutionen wie Recht, Moral, Sprache oder Geld, die, wie Adam Ferguson (1767: 187) formulierte, „zwar das Resultat menschlichen Handelns sind, nicht aber die Ausführung irgendeines menschlichen Entwurfes“ – ein Grundgedanke des Liberalismus, den im 20. Jahrhundert vor allem Friedrich A. von Hayek mit seinen Arbeiten zur Entstehung „spontaner Ordnung“ wissenschaftlich untermauert hat und politisch gegen Planwirtschaft und Kollektivismus ins Feld führte.

Die marxistische Kritik der politischen Ökonomie kritisiert demgegenüber den Markt als eine Quelle sozialer Ungleichheit. Als zentrale Institution des Kapitalismus diene er nicht der Befriedigung realer Lebensbedürfnisse, sondern allein der Reichtumsmehrung und dem Herrschaftsanspruch einer besitzenden Klasse. Auf dem kapitalistischen Markt würden Gebrauchsgüter ebenso wie der arbeitende Mensch (auf dem Arbeitsmarkt) zur Ware degradiert mit der Folge einer nicht nur sozialen Entfremdung in Form der Klassenspaltung, sondern darüber hinaus auch der psychischen Entfremdung des Menschen von sich selbst. Marx hat indes auch gesehen, dass der Kapitalismus die Produktivkräfte entfesselt, eine ungeahnte Reichtumsmehrung in Gang setzt und dabei die Gesellschaft fortwährend revolutioniert (Marx 2005 [1867-1895]).

Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende neoklassische Wirtschaftswissenschaft konzipiert den Markt – nun jeglichen sozialen und politischen Bezug vermeidend –

vornehmlich als einen abstrakten Mechanismus zur Bildung eines Gleichgewichtspreises, bei dem Angebot und Nachfrage sich ausgleichen (William St. Jevons, Léon Walras). Sein Vorzug besteht darin, dass er die Bedürfnisbefriedigung über Warenpreise reguliert und dabei Knappheitssignale aussendet, welche die Wirtschaftstätigkeit steuern – ein, wie die Neoklassik ebenfalls zeigt, höchst voraussetzungsvoller Prozess. Das Idealmodell des „vollkommenen Marktes“ verlangt eine atomistische Marktstruktur (viele kleine Anbieter und Nachfrager mit jeweils kleinem Marktanteil), Homogenität der Güter (qualitativ identische Konkurrenzprodukte), vollständige Transparenz (Anbieter und Nachfrager verfügen über alle marktrelevanten Informationen), keine Transaktionskosten (unbegrenzte Mobilität aller Produktionsfaktoren und Güter, freier Marktzug- und Marktaustritt, unbegrenzte Teilbarkeit aller Produktionsfaktoren und Güter, unendliche Reaktionsgeschwindigkeit des Handels, keine externen Effekte), konstante Ressourcenausstattung, Produktionsverfahren und Produktpaletten, konstante Präferenzen der Marktteilnehmer.

Die völlig unrealistische Idee des „vollkommenen Marktes“ kann die Effizienz des Preismechanismus erklären, nicht aber die Dynamik einer Marktwirtschaft. Hier setzt – in Weiterentwicklung der orthodoxen Neoklassik – die aus der Wiener Schule der Nationalökonomie hervorgegangene liberale Wettbewerbstheorie mit der Erkenntnis an, dass es ein (statisches) Marktgleichgewicht nie geben kann. Das wesentliche Moment des Marktes liege vielmehr in einem fortlaufenden Wettbewerbsprozess, der Innovationen prämiert und nicht anpassungsfähige Marktteilnehmer vom Markt verdrängt (von Hayek 1969). Die Österreichische Schule (Eugen von Böhm-Bawerk, Ludwig von Mises, Joseph Alois Schumpeter, August F. von Hayek, Oskar Morgenstern) betont sowohl die individuelle Freiheit als auch das unternehmerische Risiko der Marktteilnehmer. Die Freiheit zum Risiko führe über Wettbewerbsprozesse dazu, dass bessere Produkte und Verfahren die schlechteren vom Markt verdrängten. Hier steht nicht mehr der anonyme Preisbildungsprozess im Mittelpunkt, sondern der kreative und wagemutige Akteur, der – durchaus auch spekulativ – Marktchancen auslotet und damit einen sozialevolutionären Ausleseprozess in Gang hält.

Die Idee des Marktes als Werkzeug „schöpferischer Zerstörung“ (die Schumpeter von Sombart übernommen und popularisiert hat) erinnert an die bereits von Karl Marx beschriebene kapitalistische Dynamik. Sie erzeugt fortlaufend neue Waren und Produktionsverfahren sowie eine beständige Umwälzung der Produktionsorganisation und der gesellschaftlichen Beziehungen. Hier stellt sich die Frage, ob der entfesselte, vom Kampf um das ökonomische Sein oder Nichtsein bestimmte kapitalistische Markt noch dem ursprünglichen Bild einer von Freiheit, Offenheit, Transparenz und Symmetrie bestimmten Tauschinstitution entsprechen kann. Fernand Braudel (1988) kennzeichnet diesen ursprünglichen Markt als eine Sphäre kleiner Gewinne. Soweit es ihn historisch annäherungsweise gegeben hat, setzte er den auf eigener Arbeit beruhenden Einkünften enge Grenzen. Ihm gegenüber stellt Braudel den „Gegen-Markt“ des entwickelten Kapitalismus: die Sphäre des Fernhandels, der Monopole, des gewaltsam erzwungenen Tausches. Dort gibt es große Gewinne, Konzentration und Akkumulation von Reichtum. Vor allem im „organisierten Kapitalismus“ (Sombart, vgl. Winkler 1974) des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts und mit dem Aufkommen der von Managern geführten Großunternehmen erscheinen Angebot und Nachfrage zunehmend als gestaltbare Größen, deren Beeinflussung mit Monopolstellungen, Kartellstrukturen und dem Einsatz staatlicher und militärischer Macht zur Durchsetzung der eige-

nen Position einhergeht. In Wallersteins (1989) Analyse des „kapitalistischen Weltsystems“ spielt die gewaltsame Durchsetzung des „ungleichen Tauschs“ eine zentrale Rolle. Die in den Schriften von Polanyi, Braudel und Wallerstein enthaltene Aufforderung, nicht länger von abstrakten Gleichgewichtsmärkten zu reden, sondern genauer zu untersuchen, um welche konkreten Strukturen es sich handelt, gründet auf der These, dass zu verschiedenen Zeiten und auf verschiedenen Märkten ganz unterschiedliche Gesetze, Machtrelationen, Kultur und politische Einflüsse wirken.

Die aus der historischen Forschung stammende Vorstellung des Marktes als einer über lange Zeiträume gewachsenen Institution konnte in jüngerer Zeit auch theoretisch untermauert werden, und zwar von der Transaktionskostenökonomik (→ Neoinstitutionalismus). Deren in den 1990er Jahren mit Nobelpreisen ausgezeichnete Hauptvertreter (Ronald Coase, Oliver E. Williamson, Douglass North) kamen zu einem grundlegend neuen Verständnis der institutionellen Handlungslogik von Märkten. Sie gaben damit auch den sozialwissenschaftlichen Governance-Theorien den entscheidenden Anstoß (→ Wirtschaft).

Ronald Coase, der Begründer der Transaktionskostenökonomik, stellt die simple Frage, warum es überhaupt Unternehmen gibt – Planungsinseln im Markt, wo doch laut neoklassischer Wirtschaftstheorie der freie Markt den effizientesten Allokationsmechanismus darstellt (Coase 1937). Seine Antwort lautet, dass der Markt nicht die Verlässlichkeit und Steifigkeit garantieren kann, wie sie eine auf Kooperation angewiesene Güterproduktion voraussetzt. Stark spezifizierte, komplexe Güter können nur durch das dauerhafte Zusammenwirken beziehungsweise die organisierte soziale Vernetzung spezialisierter Konstrukteure, Arbeiter, Zulieferer, Verkäufer etc. entstehen. Kooperation, hierarchisch organisierte zumal, ist nun aber ein Transaktionstypus, der dem des Wettbewerbsmarktes diametral entgegensteht. Sie wird in der von Williamson weiterentwickelten Transaktionskostenökonomik durch Verträge (Arbeits-, Zulieferverträge etc.) und Hierarchien sichergestellt (Williamson 1985). Hinzu kommen Glaubenssysteme und Ideologien (North 1992) sowie Clans und soziale Netzwerke (Powell 1990), die ebenfalls das kooperative Zusammenwirken von Akteuren steuern.

3 Realgeschichte des Markttausches

Der ideale Markt ist ein theoretisches Konstrukt, das zur realen historischen Entwicklung der Marktwirtschaft oft in einem merkwürdigen Kontrast stand. Die Ideen- und Theoriegeschichte des Marktes wurde von Anfang an – beginnend mit Smith und Mandeville – von einer selektiven Wahrnehmung der Empirie begleitet. Während Smith (1999 [1776]) den ökonomischen, auf individuelle Reichtumsmehrung ausgerichteten Tauschakt als eine anthropologische Konstante, eine der menschlichen Natur gemäße Art wirtschaftlichen Handelns, in das klassische ökonomische Denken einführt, hat die empirische Wissenschaft bis heute nicht sicher herausgefunden, wann und wo die ersten Märkte entstanden sind. Zwar gab es in Mesopotamien bereits im zweiten Jahrtausend v. Ch. eine ausgedehnte auf Geld beruhende Tauschwirtschaft, die von lokalen landwirtschaftlichen Produkten bis zu Fernhandelsbeziehungen reichte. Auch gab es Orte, an denen solche Transaktionen regelmäßig getätigt wurden. Die Vorstellung eines unpersönlichen Marktteilnehmers, der als Anbieter

und Nachfrager, nicht aber als ein bestimmtes Mitglied einer sozialen und politischen Gemeinschaft auftritt, war allerdings den bereits mit Rechengärten, Geld und Schrift vertrauten Bewohnern des Zweistromlandes fremd. Entsprechend kannten sie nicht die Unterscheidung von privat und öffentlich und damit oft auch keine privaten Eigentums- und Erwerbsformen, wie sie eine Marktwirtschaft voraussetzt.

Seit Jahrtausenden gibt es Tauschsysteme unterschiedlicher Größe und Komplexität, die extern verwaltet und gesteuert wurden. Der Markt ist demgegenüber als ein System der Selbststeuerung zu begreifen, in dem sich die Tauschkonditionen, voran die Preise, aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage herausbilden. Nur als eigenständiger (Selbst-) Steuerungsmechanismus kann der Markt als eine Koordinationsinstitution und damit als eigenständiger Governance-Typus gelten. Wird dagegen der Gütertausch vollständig durch politische und soziale Mächte organisiert, unterliegt er der Kontrolle durch andere Governance-Institutionen. Dann sind es entweder Politik- und Verwaltungshierarchien wie überwiegend in den Großreichen des Altertums oder aber Personennetzwerke in Form von Clans, Stämmen oder feudalen Herrschaftsstrukturen. Hierarchien und Netzwerke sind historisch weit ältere Steuerungsformen als Märkte, die durch Zwang, persönliche Abhängigkeit und Zugehörigkeit, nicht aber durch freie, versachlichte Wettbewerbsbeziehungen bestimmt werden. Die Bedingungen eines sozial offenen, anonymen und nur vom subjektiven Eigennutzen gesteuerten, freiwilligen Tausches gelten als erfüllt, wenn es sich um einen Wettbewerbsmarkt handelt. Freier Wettbewerb kann insoweit als unabdingbare Voraussetzung freier Märkte bezeichnet werden, ein Zusammenhang, dessen Bedeutung allerdings erst im 19. Jahrhundert allmählich erkannt wurde.

Die begriffliche Unterscheidung von „Markt“ und „Wettbewerb“ lässt sich aus den etymologischen Wurzeln beider Begriffe herleiten. Das Deutsche Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm (Band 12, Spalten 1644-1657) bezeichnet als Markt

„das öffentliche feilbieten einer oder mehrerer bestimmter waaren, ursprünglich durch wandernde krämer. dieses feilbieten hat sich schon früh örtlich und zeitlich geregelt, so dasz dergleichen leute sich an einem bestimmten orte und zu einer bestimmten jahrzeit eingefunden und die käufer erwartet haben.“

Demnach bezeichnet der Marktbegriff historisch seit jeher eine öffentlich zugängliche, gleichwohl örtlich und zeitlich geregelte Institution der Tauschwirtschaft. Während dieser Gebrauch bis ins 12. Jahrhundert zurückreicht, handelt es sich beim Wettbewerbsbegriff um eine Neubildung des 19. Jahrhunderts. Er ersetzte das bis dahin gebräuchliche französische *Concurrence* und fand als Schlagwort der damals neu aufkommenden liberalen Wirtschafts- und Soziallehre sowie des Sozialdarwinismus rasch Verbreitung. Der Sprachgebrauch griff auf politische und sportliche Anwendungsgebiete über und trat mehr und mehr an die Stelle von Wetteifer, Wettkampf und Wettstreit.

Märkte sind keinesfalls, wie zuweilen unter dem Eindruck der Lektüre der Klassiker des Marktliberalismus angenommen wird, eine Begleiterscheinung der frühneuzeitlichen Industrialisierung in England. Es gab sie als örtliche Institution in jeder mit dem Marktrecht ausgestatteten Stadt des Mittelalters und bald auch in Form eines europäischen und globalen Fernhandelssystems. Historisch alte Begriffe wie Marktfrieden und Marktgerechtigkeit

deuten auf frühe – geradezu modern anmutende – Vorstellungen von Wettbewerbsregeln hin. In der um 1220 erschienenen mittelhochdeutschen didaktischen Dichtung „Fridankes Bescheidenheit“ ist nachzulesen: „Niemer wirt der market guot wan sô man tôren schaden tuot“, womit gemeint ist, dass ein Markt nicht gut sein kann, wenn er dazu führt, die Toren zu übervorteilen. Von frühen Marktregeln zeugt auch die seit dem 15. Jahrhundert geläufige Institution des „Marktamtmanne“. Tatsächlich gab es bereits im Mittelalter europaweit verbreitete Grundsätze des Marktrechtes, dazu leistungsfähige örtliche Marktordnungen, „darinne nicht nur wegen gedachten marktpreises verfügung geschiehet, sondern auch alles besorget und angeordnet ist, was zur marktfreiheit und gerechtigkeit diensam“ (zit. n. J. u. W. Grimm, Deutsches Wörterbuch Band 12, Spalten 1653-1664).

Marktordnungen und regulative Eingriffe in Märkte sind historisch äußerst vielfältig. Die Schaffung einheitlicher Marktregeln war zudem stets ein Mittel politischer Integration, sei es von Nationalstaaten oder in regionalen oder supranationalen Wirtschaftsgemeinschaften. Die Befugnis, Märkte einzurichten, die Zulassung von Marktteilnehmern und Produkten zu regeln und Märkte zu überwachen, generell Marktrecht zu schaffen, kann – neben dem staatlichen Gewaltmonopol – als ein spezifischer Indikator politischer Souveränität gelten.

Marktregulierung dient nicht nur dem Schutz aller Marktteilnehmer. Sie kann durchaus Märkte abschotten und der Privilegierung bestimmter Gruppen dienen. Die Marktregulierung war seit jeher dem Einfluss politischer Interessenten ausgesetzt, die auf eigene Sondervorteile bedacht sind. Die Vorstellung einer besten Lösung für die Schaffung und den Erhalt freier Märkte oder den Aufbau von Regulierungsinstitutionen muss daher als abwegig betrachtet werden. Es sind vielmehr politische, das heißt machtbasierte Prozesse, die zu je eigentümlichen Arrangements regulativer Politik führen.

4 Theorie der Marktregulierung

Auch wenn die Schaffung von Märkten und Marktordnungen eminent politische Bezüge aufweisen und sowohl Projekte politischer und gesellschaftlicher Integration als auch einen Gegenstand der Interessenpolitik von Marktteilnehmern und ihrer Verbände darstellen, lassen sich die dabei auftretenden Grundprobleme analytisch auf einige grundlegende Zusammenhänge reduzieren. Dazu dienen Theorien, die eine wissenschaftliche Beschreibung der Probleme regulativer Politik und ein abstraktes Zielsystem für deren Lösung versprechen. Analytisch werden hier drei Gründe für die Regulierung von Märkten ins Feld geführt: natürliche Monopole, negative Externalitäten und Informationsasymmetrien (vgl. generell zu Rationalitäten der Regulierung Czada u.a. 2003).

Von *natürlichen Monopolen* sprechen wir, wenn ökonomische Transaktionen an ein stationäres Netz gebunden sind, dessen Betriebskosten mit zunehmender Auslastung nur unwesentlich steigen. Beispiele hierfür sind Industrien, die eine umfangreiche Netzwerkinfrastruktur voraussetzen, wie Eisenbahn, Energieversorgungsunternehmen und Telekommunikation. Wettbewerb zwischen verschiedenen Infrastrukturbetreibern wäre hier unter Gesichtspunkten der Skaleneffizienz und des Ressourcenverbrauchs nicht vertretbar. Wird zudem ein solches Netz mit starken Nachfrageschwankungen konfrontiert und soll seine

Kapazität zur Gewährleistung einer sicheren Versorgung auf die Bewältigung einer Spitzenlast ausgelegt sein, so erfordert auch dies regulative Vorgaben. Dasselbe gilt für die Reichweite der Versorgung. Auf Wettbewerbsmärkten würden leitungsgebundene Güter bevorzugt dort angeboten, wo eine stetig hohe Auslastung gewährleistet ist. Konsumenten außerhalb von Ballungsgebieten oder mit geringen Nachfragemengen hätten mit erheblichen Preisauflschlägen zu rechnen oder wären von der Versorgung ganz abgeschnitten. Überlasse man die Bereitstellung von Leistungen in solchen Industrien dem Wettbewerb, bestünde also die Gefahr, dass die Anbieter nur einzelne lukrative Teilmärkte bedienen, während die weniger attraktiven unterversorgt blieben („Rosinenpicken“). Die Regulierung besteht dann zum Beispiel in einem Kontrahierungszwang oder weitergehenden Vorschriften zum Leistungsumfang. Damit ist aber noch nicht sichergestellt, dass ein Monopolist seine Marktmacht nicht missbraucht und potenziell konkurrierende Anbieter daran hindert, die vorhandene Netzinfrastruktur zu nutzen bzw. ihre eigenen Netze an diese anzuschließen. In diesem Fall würden Konsumenten überhöhte Preise aufgebürdet. Dem entgegenzuwirken dient etwa die Marktzugangs-, aber auch Preis- und Tarifregulierung, wie wir sie aus der Elektrizitätswirtschaft und in Deutschland neuerdings auch im Telekommunikationssektor kennen. In Europa verblieben die Netzwerkindustrien lange Zeit in öffentlichem Besitz. Im Zuge wachsender Privatisierung vormals öffentlicher Aufgaben werden diese Dienstleistungen nun privat angeboten. Damit wachsen dem Staat neue, umfangreiche Regulierungsaufgaben zu.

Negative Externalitäten treten dann auf, wenn Marktteilnehmer Lasten auf andere abwälzen und damit soziale Kosten erzeugen. Schädigt zum Beispiel der Schadstoffausstoß einer Chemiefabrik die Produkte eines benachbarten Landwirtes, so kann dieser durch regulative Politik geschützt werden. Negative Externalitäten treten im Übrigen nicht nur in der ökonomischen Sphäre auf. Auch die Übertragung einer ansteckenden Krankheit kann als negative Externalität betrachtet werden, der mit Maßnahmen des Gesundheitsschutzes und der Seuchenregulierung zu begegnen wäre. In all diesen Fällen erscheinen Entscheidungen, die an individueller Rationalität ausgerichtet sind, gemeinwohlschädlich. Weil jedoch rationale Egoisten nicht ohne weiteres bereit sind, sich in ausreichendem Maße an den Kosten der Bereitstellung eines Kollektivgutes – etwa einer gesunden Umwelt – zu beteiligen, ist auch in diesem Fall regulativer Handlungsbedarf gegeben. So wäre eine Besteuerung des Schadstoffausstoßes von Unternehmen naheliegend, aber auch eine Regulierung, welche die Umweltverträglichkeit technischer Anlagen sicherstellt. Im Bereich der Kernenergienutzung, aber auch im Finanzsektor kann das Fehlverhalten Einzelner kumulative Effekte hervorrufen, deren Folgen sich bis hin zu Systemrisiken ausweiten. Regulative Politik zielt darauf, externe Effekte zu internalisieren, also die potenziellen Verursacher von Schäden dazu zu zwingen, Kosten für die Verhinderung externer Effekte aufzuwenden. Im Finanzsektor bestehen diese beispielsweise darin, Banken zur Absicherung von Risiken durch die Bildung von Kapitalrücklagen zu zwingen.

Asymmetrische Informationen bestehen zwischen Anbietern und Konsumenten von Dienstleistungen oder Produkten in Bezug auf Preise und Qualitätsmerkmale. So kann ein Arzneimittelkonsument nur schwer beurteilen, welche Produkteigenschaften und Wirkungen mit einer bestimmten Arznei verbunden sind. Die Marktregulierung besteht hier in Kennzeichnungs- und Aufklärungspflichten. Asymmetrische Information liegt auch dann

vor, wenn Konsumenten den Wert von Produkten nicht einschätzen können und daher ohne regulative Eingriffe von Übervorteilung durch überhöhte Preise bedroht sind. Ein schlechter Kenntnisstand über ein Preisniveau in bestimmten Marktsegmenten steigert auf Produzentenseite den Anreiz zur Kartellbildung – vor allem dann, wenn Preissenkungen nicht durch erhöhten Absatz von Produkten belohnt werden. Insbesondere in Dienstleistungssektoren, in denen die professionelle Beratung des Konsumenten durch den Anbieter oder Verkäufer eine erhebliche Rolle spielt, wie etwa in der Anlageberatung, ist die Neigung zur Ausbeutung von Informationsasymmetrien ausgeprägt. Akerlofs (1970) klassischer Beitrag zu diesem Thema befasst sich mit dem Gebrauchtwagenhandel. Der Käufer kann die Qualität des Angebotes meist nur schwer einschätzen. Er orientiert sich stattdessen am durchschnittlichen Preisniveau und verbindet dabei leicht höhere Preise mit einem höheren Wert. Im Finanzsektor zeigen sich Informationsasymmetrien dieser Art im Handel mit Wertpapieren, deren Güte der Anleger oft nicht richtig einschätzen kann. Regulative Maßnahmen des Konsumentenschutzes zielen daher in aller Regel auf die Herstellung oder auch Gewährleistung von Transparenz über die Qualität von Produkten und Produktionsbedingungen, etwa dadurch, dass Produzenten/Anbietern umfangreiche Auskunftspflichten auferlegt werden. Wo asymmetrische Information vorliegt, behelfen sich die Produzenten häufig durch die Herausgabe eigener Gütesiegel und Zertifizierungsverfahren.

5 Grenzenlose Markterweiterung?

Die Privatisierung staatlicher und öffentlicher Unternehmen insbesondere der Telekommunikations-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur rückte Fragen nach der Leistungsfähigkeit von Märkten, nach dem Bedarf politisch-administrativer Regulierung sowie insgesamt nach dem Verhältnis von Staat und Markt in den Mittelpunkt politischer Debatten und Reformprogramme. Die in den meisten westeuropäischen Ländern praktizierte Privatisierungspolitik der 1980er Jahre fand nach 1989 ihre Fortsetzung in Osteuropa. Der nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems begonnene rasche Übergang von planwirtschaftlichen in marktwirtschaftliche Systeme war noch stark von dem auch die Privatisierungen im Westen kennzeichnenden neoliberalen Denken bestimmt. Der mit Beginn der 1980er Jahre anwachsende Neoliberalismus in der Wirtschaftstheorie betrachtet jegliche politische Einmischung in das Marktgeschehen als eine Hauptursache von Wohlfahrtsverlusten und ökonomischem Niedergang. Der neoliberale Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik war in Auseinandersetzung mit der keynesianischen Theorie einer aktiven politischen Konjunktursteuerung und einem in den 1970er Jahren entstandenen Produktivitätseinbruch zuerst in den USA und Großbritannien aufgekommen. Beide Länder litten damals unter einem besonders starken „productivity slowdown“, der einen nachhaltigen politischen und ökonomischen Niedergang befürchten ließ.

Auch wenn die Markteuphorie des neoliberalen Denk- und Politikmodells vielerorts pragmatisch entschärft wurde, kann eine langfristig wirksame zunehmende Vermarktlichung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft nicht geleugnet werden. Mit dem Fortschritt von Industrialisierung und Arbeitsteilung sowie der damit einhergehenden gesell-

schaftlichen Differenzierung werden immer mehr Bedürfnisse über den Markt befriedigt. Diese „innere kapitalistische Landnahme“ (Lutz 1984: 194) ist kein neues Phänomen. Seit Beginn der Industrialisierung prägt sie die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die Marktlogik hat sich beständig ausgeweitet, und die Vorstellung, den mit ihr erreichten Grad gesellschaftlicher Arbeitsteilung zurückzufahren, erscheint heute mehr als ein romantischer Reflex denn als realistische Alternative zur Marktgesellschaft.

Die Expansion des Marktes hat indes den Bereich politischer Kollektiventscheidungen nicht notwendigerweise eingeschränkt. Im Gegenteil: Auf lange Sicht hat die Staatstätigkeit mit der Expansion des Marktes eher zu- als abgenommen. Zahlreiche Funktionen der Daseinsvorsorge, die nicht länger in Familienverbänden und örtlichen Gemeinschaften erbracht werden, werden heute vom Staat oder parastaatlichen Einrichtungen wahrgenommen. Der bis vor wenigen Jahrzehnten gültige Zusammenhang eines gleichgerichteten Wachstums von Staat und Markt scheint sich aber seit geraumer Zeit umzukehren. Die Koexistenz von öffentlicher und privater Wirtschaft („mixed economy“) gilt schon seit Jahrzehnten nicht mehr als Garant steigenden Wohlstands. Die politische Marktregulierung, ob durch den Staat oder intermediäre Instanzen, sieht sich seit den 1980er Jahren dem Verdacht wachstumsschädlicher Überregulierung ausgesetzt, und der umverteilende Wohlfahrtsstaat gilt heute weithin nur noch als Beschäftigungsbremse. Während staats-theoretische Debatten der 1970er Jahre die Politik als letzten Rettungsanker einer krisenanfälligen Marktökonomie beschrieben und so die seinerzeitige Komplementarität von Markt und Politik zu erklären suchten, verläuft der herrschende Diskurs nun in die andere Richtung: Mehr Markt und weniger Politik gilt als Patentrezept für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

Dass es zu dieser Wende kommen konnte, hat historische Ursachen. Meist werden das Ende des Systems fester Wechselkurse und der globalen Kontrolle der Konvertibilität von Währungen, des sogenannten eingebetteten Liberalismus, und ein darauffolgender intensiver ökonomischer Standortwettbewerb als Gründe angeführt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Periode des „eingebetteten Liberalismus“ lediglich einen Langfristtrend „kapitalistischer Landnahme“ unterbrochen hat und insofern tatsächlich nur ein „kurzer Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) war. Dann befänden sich Politik und Markt schon immer in einem eher antagonistischen Wechselverhältnis – eine Perspektive, die schon Adam Smith (1976 [1776]: XI) eröffnet, wenn er als Bedingung für den „höchsten Grad des Reichtums“ nicht mehr anführt als „Frieden, eine geringe Steuerlast und ein passables Rechtswesen“, darüber hinausgehende politische Eingriffe aber zurückweist. „Alles weitere“, so heißt es bei Smith, „entsteht durch den natürlichen Gang der Dinge.“ Die Geschichte scheint ihm insoweit recht zu geben, als sich die Marktlogik, wo sie einmal gesät war, in der Langfristperspektive beständig und gegen allfällige Widerstände ausbreitete und tatsächlich, wie es Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ voraussehen, alle sozialen und politischen Verhältnisse revolutioniert hat.

Anders als Burkhard Lutz (1984) vermutete, ist die innere und äußere Expansion des Marktes bislang nicht auf eine natürliche Grenze gestoßen. Sie wäre erst dann erreicht, wenn die Tausch- und Wettbewerbslogik alle Weltregionen und Lebensbereiche vollständig erobert hätte. Für einige Regionen und Sektoren ist ein Zustand der Marktsättigung sicher zutreffend. So ist der Einzug von Industriewaren in Bereiche, die seit jeher durch familiäre

Eigenversorgung geprägt waren, in den entwickelten Gesellschaften weitgehend abgeschlossen. Jedoch zählen neue Dienstleistungen in Bereichen wie Sport, Freizeit, Gesundheit, Medien und Tourismus bis heute zu den am schnellsten wachsenden Märkten. In der Altenpflege erleben wir die Transformation von vormals im Familienverband erbrachten Leistungen zu einer Pflegeindustrie, die von der Massenproduktion spezieller Hygieneartikel bis zu einem rasch wachsenden professionellen Dienstleistungsangebot führte. Schließlich steht die Medizin vor gesundheitsökonomischen Herausforderungen, bei denen Forderungen ärztlicher Ethik nach der besten Behandlung für alle mit exponentiell steigenden Kosten einer immer leistungsfähigeren lebenserhaltenden Apparatedizin konfrontiert werden. Dabei verdient der Markt für Organtransplantate, medizinische Patente oder genetische Erbinformationen besondere Beachtung. Knappheit verursacht hier Verteilungsprobleme, deren Lösung offenkundig andere Regelungsmechanismen verlangt als einen Gleichgewichtspreis, den lebensbedrohlich erkrankte „Konsumenten“ zu zahlen haben (Baurmann 2003). Die sozialetischen Grenzen des Marktes werden hier in beispielhafter Weise deutlich. Die Transformation von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Privatisierung, *Outsourcing* und *New Public Management* ist ein weiterer, höchst aktueller Aspekt umfassender Prozesse der Vermarktlichung, die in der Konsequenz tief in den Mikrokosmos der Gesellschaft hineinreichen (→ Public Management und Public Governance). Schließlich versuchen Regierungen allfällige Steuerungsprobleme der Sozial- und Umweltpolitik zunehmend durch neue Formen der Anreizsteuerung zu lösen. Staatlich initiierte Wohlfahrts- und Emissionsmärkte sind dafür ein Beispiel (→ Wohlfahrt; Umwelt).

Der in allen entwickelten Industrieländern beobachtbare Trend zur Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung und Erweiterung von Märkten sollte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die eigentümlichen Profile institutioneller Steuerung in den einzelnen Ländern fortwirken. Und dies gilt ebenso für aktuelle politische Problemlösungen und Reformpolitiken. Bereits ein flüchtiger Blick auf so unterschiedliche Kapitalismusvarianten wie die der USA, Japans, Schwedens, der Schweiz, Frankreichs oder Deutschlands zeigt, dass Marktsteuerung, politisch-administrative Regelsteuerung und verbandliche Selbststeuerung innerhalb eines bestimmten Aufgabenkorridors funktional äquivalent sein können. Zugleich gibt es offenbar Funktionen, die das eine oder andere Modell besser erfüllen kann. So lässt sich feststellen, dass die angelsächsischen liberalen Marktökonomien aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage sind, eine ähnlich hohe Einkommensgleichheit zu erzeugen wie das japanische oder schwedische Wirtschafts- und Sozialmodell. Im japanischen Fall kommt hinzu, dass dies im Rahmen eines Minimalstaates mit niedriger Steuerquote und allenfalls rudimentären Wohlfahrtsfunktionen erreicht wird. Diese institutionell auf soziale Gleichheit und Stabilität programmierten Kapitalismusvarianten entbehren andererseits der Flexibilität der Produktionsfaktoren, welche die angelsächsischen Ökonomien auszeichnen (zu den Beispielen und Politikfeldern Czada/Zintl 2003).

6 Offene Forschungsfragen

Dem idealtypischen neoklassischen Struktur- und Prozessmodell des Marktes entspricht ein mindestens ebenso voraussetzungsvolles Bild des idealtypischen Marktakteurs. Entgegen

der darin enthaltenen theoretisch nützlichen Fiktion ist aber das wirkliche Marktgeschehen von Transaktionshemmnissen, begrenzter Rationalität, Informations- und Machtasymmetrien, sozialer Abhängigkeit, Kultur, Tradition, Leidenschaft und Emotion bestimmt. Die Transaktionskostenökonomik sowie neuere Theorien, die eine Mikrofundierung des Verhaltens auf Märkten anstreben, zielen darauf ab, diese Variablen in bestehende Theorien einzubauen. Gelingt dies, dann ließen sich reale Märkte besser verstehen, ohne in ein induktives, historisierendes Marktverständnis zurückzufallen. Die Wissenschaft schreitet hier auf einem Weg zu einem umfassenden, mit weniger Modellannahmen befrachteten Marktverständnis fort. Dabei rückt die Ebene der Marktakteure und ihres Verhaltens weiter in das Visier der theoretischen und empirischen Forschung.

Die neoklassische Theorie der Preisbildung und des Marktgleichgewichts ist gegenüber der aktuellen Forschung durch „Akteursabstinenz“ gekennzeichnet. Ihr Bild des homo oeconomicus repräsentiert ein extrem reduziertes Verhaltensmodell. Die Neoklassik erinnert darin an die später entstandene soziologische Systemtheorie von Niklas Luhmann. Diese reduziert die Beweggründe und das Handeln der Akteure in ähnlicher Weise, sodass sie in der Theorieformulierung nur noch als vernachlässigbare Größen erscheinen müssen. Dafür gibt es gute Gründe, zum Beispiel den, dass das menschliche Verhalten im Einzelfall unergündbar ist und zu viele Intentionen hat, als dass es in seiner Gesamtheit für die ökonomische Theorie in Betracht kommen könnte. Da zudem die Marktakteure aufgrund ihrer Erwartungen, die sie wechselseitig aufeinander beziehen, ein unauflösbares Ganzes bilden, kann das Betrachten einzelner Akteure nicht die tatsächlichen Gesetzmäßigkeiten individuellen Handelns liefern. Mikrofundierung, will sie nicht psychologisierend wirken, kann daher kaum ohne die soziale, kulturelle und religiöse Ebene auskommen. Insofern erscheint jedes Bemühen fruchtlos, das unweigerlich soziale Marktgeschehen nur mikroanalytisch fundieren zu wollen und dabei – implizit – die individuelle Akteurebene gegen die soziale Strukturebene auszuspielen. Markt- und Gesellschaftsstrukturen sowie das Denken und Handeln in Markt- und Wettbewerbskategorien entfalten sich in wechselseitiger Abhängigkeit, und es spricht vieles dafür, dass Politik, Staats- und Verwaltungsstrukturen ebenso wie Religion und Glauben dabei eine besondere Rolle spielen, die letztlich darüber entscheidet, ob und wie sich Märkte entwickeln (Greif 2005; Weber 1904).

Welche Regeln eine Marktwirtschaft im Einzelnen braucht, damit sie zu Reichtum und Wohlstand führt, ist nach wie vor stark umstritten. Für liberale Ökonomen wie Adam Smith oder Friedrich von Hayek sind sie nicht mehr als eine rechtsstaatliche Friedensordnung und eine geringe Steuerlast (Smith 1976 [1776]: XI). Alles andere besorgt die unsichtbare Hand des Marktes. Wenn aber Karl Polanyis Beobachtung richtig ist, dass sich eine Marktwirtschaft umso mehr aus ihrer sozialen Verankerung löst, je stärker sie sich dem Zustand des freien Wettbewerbs auf einem grenzenlosen Markt nähert, wäre ein selbstzerstörerischer Prozess die Folge: das Recht des ökonomisch Stärkeren, die Auflösung sozialmoralischer Bindungen, die ungehemmte Ausbeutung des Menschen und der Natur. Dies rief unweigerlich politischen Widerstand hervor und gefährdete damit den Bestand der Marktwirtschaft selbst. Bleibt der Markt aber sozial eingebettet, so braucht er zu seinem Funktionieren weit mehr als nur den Rechtsstaat und niedrige Steuern. Dann stellt sich die Frage einer geeigneten Sozialordnung und der politischen Demokratie.



Literatur

- Akerlof, George A.*, 1970: The market for „lemons“: Quality uncertainty and the market mechanism, in: *Quarterly Journal of Economics* 84, 488-500.
- Baurmann, Michael*, 2003: Rationierung ohne Politisierung. Plädoyer für einen Rechte-basierten Ansatz bei der Rationierung medizinischer Güter, in: Roland Czada / Reinhard Zintl (Hrsg.), *Politik und Markt. Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 34*, 66-79.
- Braudel, Fernand*, 1988: *Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft*. München: Kindler.
- Coase, Ronald*, 1937: The Nature of the Firm, in: *Economica* 4, 386-405.
- Czada, Roland/Liütz, Susanne/Mette, Stefan*, 2003: *Regulative Politik. Zählungen von Markt und Technik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Czada, Roland/Zintl, Reinhard* (Hrsg.), 2003: *Politik und Markt. Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 34*. Wiesbaden: VS.
- Ferguson, Adam*, 1767: *An Essay on the History of Civil Society*, Edinburgh (deutsch 1986: *Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp).
- Granovetter, Mark*, 1985: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness, in: *American Journal of Sociology* 91 (3), 481-510.
- Greif, Avner*, 2005. Commitment, Coercion, and Markets: The Nature and Dynamics of Institutions Supporting Exchange, in: Claude Ménard/Mary M. Shirley (Hrsg.), *Handbook for New Institutional Economics*. Norwell, MA: Springer, 727-786.
- Grimm, Jakob/Grimm, Wilhelm*: *Deutsches Wörterbuch*. 16 Bde. [in 32 Teilbänden]. Leipzig: S. Hirzel 1854-1960. -- *Quellenverzeichnis* 1971.
- Hayek, Friedrich August von*, 1969: *Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*. Kiel: Institut für Weltwirtschaft.
- Hirschman, Albert O.*, 1987: *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hirschman, Albert O.*, 1992: *Rival Views of Market Society*, in: Albert O. Hirschman, *Rival Views of Market Society and Other Recent Essays*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Lutz, Burkhard*, 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Mandeville, Bernard*, 1980 [1714]: *Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile*. Mit einer Einleitung von Walter Euchner. Frankfurt a.M.: Suhrkamp [zuerst 1714: *Fable of the Bees: Private Vices Public Benefits*. J. Roberts].
- Marx, Karl*, 2005 [1867-1895]: *Das Kapital. Kurzfassung aller drei Bände*. 2. Aufl. 2005. Berlin: Dietz.
- Myrdal, Gunnar*, 1939: *Monetary equilibrium*. London: Hodge.
- North, Douglass*, 1992: *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*. Tübingen: Mohr.
- Polanyi, Karl*, 1958: The Economy as Instituted Process, in: Karl Polanyi/Conrad M. Arensberg/Harry W. Pearson (Hrsg.), *Trade and Markets in the Early Empires*. Glencoe: The Free Press, 243-270.
- Polanyi, Karl*, 1978: *The Great Transformation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Powell, Walter*, 1990: Neither Market Nor Hierarchy – Network Forms of Organization, in: *Research in Organizational Behavior* 12, 295-336.
- Slater, Don/Tonkiss, Fran*, 2001: *Market Society*. Cambridge: Polity Press.
- Smith, Adam*, 1999 [1776]: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. München: dtv [zuerst 1776: *An Inquiry into the Nature And Causes of the Wealth of Nations*. London: W. Strahan & T. Cadell].

- Thompson, Grahame/Frances, Jennifer/ Levačić, Rosalind/ Mitchell, Jeremy* (Hrsg.), 1991: Market, Hierarchies and Networks – the Coordination of Social Life. London: Sage.
- Wallerstein, Immanuel*, 1989: The Modern World-System, Vol. III: The Second Great Expansion of the Capitalist World-Economy, 1730-1840's. San Diego: Academic Press.
- Weber, Max*, 1904: Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 21: 1-110.
- Williamson, Oliver E.*, 1985: The economic institutions of capitalism: firms, markets, relational contracting. New York: The Free Press.
- Winkler, Heinrich August* (Hrsg.), 1974: Organisierter Kapitalismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.